

Editorial:
The same procedure as every year?

Konjunkturprognose 2005:
In moderatem Tempo weiter aufwärts

Minijobs: Finanzielle Anreize
für Arbeitslose erhöhen

Strukturwandel im Krankenhaussektor
bringt zunächst Finanzierungsprobleme

Neuerscheinungen:
RWI : Discussion Papers und RWI : Materialien

Interna: Die Stipendiaten der RGS Econ (Teil 1)

Nr. 5/2004



The same procedure as every year?

Die Konjunktur in Deutschland entwickelte sich zuletzt ungünstiger als im Sommer erwartet, und auch die Prognose für 2005 wurde nun zurück genommen. Auf den ersten Blick erscheint es, als ob sich damit die Serie der Fehleinschätzungen der vergangenen Jahre fortsetzt. Auf den zweiten Blick jedoch unterscheidet sich das Konjunkturbild gar nicht so sehr von dem unserer vergangenen Prognosen.

Schwächer als erwartet stellt sich vor allem die Außenwirtschaft dar. Hier hatte indes kaum jemand damit gerechnet, dass der Boom bei den Exporten anhalten wird. Dass die Abschwächung so ausgeprägt war, liegt insbesondere an dem außerordentlich kräftigen Anstieg der Rohölpreise seit Oktober. Die Verteuerung des Euro gegenüber dem Dollar, die künftig das Exportwachstum dämpfen dürfte, scheint vom Risiko zur Realität geworden zu sein.

Für die Binnenwirtschaft hatten wir in unserer Prognose vom Sommer eine Belebung im Jahr 2005 erwartet. Hier lassen die jüngsten Daten sogar etwas optimistischer in die Zukunft blicken. Die Ausrüstungsinvestitionen steigen derzeit kräftig, die Auftragseingänge aus dem Inland sind aufwärts gerichtet, und selbst beim privaten Verbrauch – Sorgenkind der vergangenen Jahre – gibt es Grund zur Hoffnung. Auch der jüngste kräftige Anstieg der Importe, wesentlicher Grund für das zuletzt schwache BIP-Wachstum, passt in dieses Bild. Denn auch er spricht für eine lebhaftere Inlandsnachfrage.



Ob dies alles bereits eine grundsätzliche Wende zum Besseren signalisiert, bleibt abzuwarten. Die Wirtschaftspolitik hat in den vergangenen Jahren zahlreiche Reformen in Angriff genommen. Es ist wenig wahrscheinlich, dass diese bereits deutliche Wirkungen beim Wachstum zeigen. Vieles befindet sich noch in der Einführungsphase, oft ist die Politik zu kurz gesprungen, und teils sind noch keine Fortschritte zu erkennen.

Dies gilt insbesondere für die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Auch 2005 dürfte die Defizitquote über 3 % des BIP liegen und die Schuldenstandsquote erneut steigen. Mehr und mehr Haushalten und Unternehmen wird klar, dass so eine Senkung der Abgabenbelastung in weite Ferne rückt. Sie verhalten sich entsprechend, sparen mehr und investieren weniger. Ein glaubhaftes Konzept für den Defizitabbau würde die Wachstumsbedingungen verbessern und könnte der Binnenachfrage einen zusätzlichen Schub geben. Diese Empfehlung ist allerdings nicht neu.

Roland Döhrn

Aus der Forschung

Konjunkturprognose 2005: In moderatem Tempo weiter aufwärts

Das RWI Essen nimmt seine Konjunkturprognose für 2005 auf ein reales Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 1,3 % zurück. Grund hierfür ist vor allem die deut-

liche Verschlechterung der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Die Zahl der Arbeitslosen wird im nächsten Jahr voraussichtlich auf knapp 4,5 Mill. im Jahresdurchschnitt

ansteigen, hauptsächlich, weil sich im Zuge von Hartz IV viele erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger als arbeitslos registrieren lassen müssen. Das staatliche Budgetdefizit wird der RWI-Prognose nach mit 3,4% des nominalen BIP zum vierten Mal in Folge die Defizitgrenze des Maastrichter Vertrags überschreiten.

Dank kräftig steigender Exporte war die deutsche Wirtschaft schwungvoll in das Jahr 2004 gestartet. Dies hatte uns im Juli veranlasst, unsere Prognose nach oben zu setzen. Im dritten Quartal kam es aber zu einer in diesem Ausmaß nicht erwarteten Verlangsamung des Wachstums, die auf eine überraschend deutliche Abschwächung der Exporte bei gleichzeitig verstärktem Wachstum der Einfuhren zurückzuführen ist. Der bis dahin kräftige weltwirtschaftliche Aufschwung hat an Kraft verloren, insbesondere weil der außeror-

dentlich hohe Rohölpreis die wirtschaftliche Aktivität in vielen Industrie- und Schwellenländern dämpft. Die jüngste Aufwertung des Euro spielte dabei noch keine Rolle; sie dürfte aber in den kommenden Monaten den Export beeinträchtigen. Seitens der Außenwirtschaft ist somit ein eher moderates Wachstum angelegt.

Ungeachtet dessen geben die jüngsten Konjunkturdaten aber auch Anlass zur Hoffnung. Denn es mehrten sich die Anzeichen für eine Belebung der Binnennachfrage: Erstmals seit Mitte 2000 wurden im dritten Quartal 2004 die Ausrüstungsinvestitionen spürbar ausgeweitet. Auch deuten die Umsätze im Einzelhandel sowie Verbraucherumfragen an, dass der private Konsum allmählich seine Schwäche überwindet, in der er seit drei Jahren verharrte.

Dies alles findet seinen Niederschlag darin, dass zuletzt die Auftragseingänge aus dem Inland wieder zunahmen. Wir erwarten, dass diese günstigen Tendenzen bei der Binnenkonjunktur 2005 anhalten. Allerdings wird die Dynamik nicht allzu hoch sein, auch weil der Rückgang der Bauinvestitionen erst allmählich ausläuft.

Alles in allem gehen wir für 2004 von einem Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts um 1,7 % im Jahresdurchschnitt aus. Für 2005 erwarten wir als Saldo aus der nachlassenden Auslandsnachfrage einerseits und der anziehenden Binnenkonjunktur andererseits einen Zuwachs um 1,3 %. Bereinigt um den Einfluss der 2004 besonders großen und 2005 wieder geringeren Zahl von Arbeitstagen entspricht dies einer Wachstumsrate von 1,2 % in diesem und 1,5 % im kommenden Jahr. Der Preisauftrieb wird sich voraussichtlich beruhigen, zumal der Preis für Rohöl inzwischen wieder fällt und sich keine Zweitrundeneffekte des Energiepreisanstiegs abzeichnen.

Eckwerte der RWI-Konjunkturprognose vom Dezember 2004 Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2003	2004 ^s	2005 ^s
Verwendung ¹			
Konsumausgaben	0,0	-0,2	0,5
Private Haushalte ²	0,0	-0,2	0,7
Staat	0,1	0,0	-0,1
Anlageinvestitionen	-2,2	-0,1	2,1
Ausrüstungen	-1,4	1,7	5,5
Bauten	-3,2	-1,8	-0,9
Sonstige Anlagen	1,7	2,9	5,1
Vorratsveränderung, in Mrd. €	-18,1	-2,3	2,0
Inlandsnachfrage	0,5	0,7	1,0
Außenbeitrag, in Mrd. €	91,5	113,2	121,0
Ausfuhr	1,8	9,6	6,4
Einfuhr	4,0	7,6	6,3
Bruttoinlandsprodukt	-0,1	1,7	1,3
Erwerbstätige ³ , in 1000	38 316	38 370	38 670
Arbeitslose ⁴ , in 1000	4 377	4 385	4 450
Arbeitslosenquote ⁵ , in %	10,3	10,3	10,3
Verbraucherpreise ⁶	1,1	1,7	1,6
Lohnstückkosten ⁷	0,7	-1,3	-0,6
Finanzierungssaldo des Staates ⁸			
in Mrd. €	-81,3	-85,1	-74,5
in % des BIP	-3,8	-3,9	-3,4
Leistungsbilanzsaldo ⁹ , in Mrd. €	48,1	75,0	80,0

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Deutschen Bundesbank und der Bundesagentur für Arbeit. – ¹In Preisen von 1995. – ²Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ³Im Inland. – ⁴Nationale Abgrenzung. – ⁵Bezogen auf inländische Erwerbspersonen. – ⁶Verbraucherpreisindex. – ⁷Arbeitnehmerentgelte je Beschäftigten bezogen auf das reale BIP je Erwerbstätigen. – ⁸In der Abgrenzung der VGR. – ⁹In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik. – ^sEigene Schätzung.

Arbeitslosenquote verharrt bei 10,3 %

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt wird sich voraussichtlich nur allmählich verbessern. Dabei wird die in den Statistiken ausgewiesene Arbeitslosigkeit zusätzlich durch die mit Jahresbeginn 2005 in Kraft tretenden „Hartz IV-Gesetze“ beeinflusst. Diese führen zu einem dazu, dass sich erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger als arbeitslos registrieren lassen müssen, wenn sie Arbeitslosengeld II erhalten wollen. Dies wird die Arbeitslosenquote zunächst erhöhen. Zum anderen sollen den Beziehern von Arbeitslosengeld II im Laufe von 2005 in zunehmendem Maße Beschäftigungsgelegenheiten („Ein-Euro-Jobs“) angeboten werden, was die registrierte Arbeitslosigkeit tendenziell ab-, die Zahl der Erwerbstätigen – im Laufe der Zeit sogar verstärkt – zunehmen lässt. Über die Größe der beschriebenen Effekte besteht nach wie vor beträchtliche Unsicherheit. Unserer Einschätzung nach wird die registrierte Arbeitslosigkeit auf knapp 4,5 Mill. Personen im Jahresdurchschnitt ansteigen, was im Wesentlichen auf die Folgen von Hartz IV zurückzuführen ist. Die Arbeitslosenquote verharrt unter diesen Annahmen bei 10,3 %.

Die Lage der öffentlichen Haushalte wird sich bei dem prognostizierten Wirtschaftswachstum nur wenig verbessern, zumal zu Jahresbeginn die letzte Stufe der Einkommensteuerreform in Kraft tritt und auch der allmähliche Übergang zur nachgelagerten Besteuerung von Renten zunächst zu Steuerausfällen führt. Gleichzeitig bleiben die Einsparungen bei den konsumtiven

Staatsausgaben gering. Wir erwarten, dass das staatliche Budgetdefizit mit 3,4 % des nominalen BIP zum vierten Mal in Folge die Defizitgrenze des Maastrichter Vertrags überschreitet. Die Bundesregierung hat angekündigt, in einem solchen Fall weitere Maßnahmen zu ergreifen, um die Defizitquote unter 3 % zu senken, wobei sie offen lässt, wie diese aussehen könnten. Bedenklich ist, dass die in den Bundeshaushalt eingestellten Einsparungen nur erreicht werden, indem die Pensionsverpflichtungen der Nachfolgeunternehmen der Post kapitalisiert werden. Dadurch entstehen im Jahr 2005 zwar Einnahmen in Höhe von 5 ½ Mrd. €, aus denen aber künftig höhere Haushaltsbelastungen erwachsen.

Weitere Abwertung des Dollar würde die Aussichten verschlechtern

Die vorliegende Einschätzung der deutschen Konjunktur 2005 basiert auf der Annahme, dass der Wechselkurs des Dollar gegenüber dem Euro auf dem derzeitigen Niveau von gut 1,30 \$/€ bleibt. Angesichts des noch wachsenden Leistungsbilanzdefizits der USA ist allerdings die Gefahr groß, dass sich die Abwertung des Dollar fortsetzt. Träte dies ein, so würde sich der Anstieg der Auslandsnachfrage rascher verlangsamen als hier bereits unterstellt; dies würde auch die Binnenkräfte schwächen. Die Aussichten wären noch trüber. Nach wie vor ist die interne Dynamik zu gering, um einer ernsthaften außenwirtschaftlichen Störung viel entgegenzusetzen zu können.

Minijobs: Finanzielle Anreize für Arbeitslose erhöhen

Die Einführung der Minijobs hat neue Beschäftigungsmöglichkeiten entstehen lassen, die Integration von Arbeitslosen zurück in den ersten Arbeitsmarkt haben sie jedoch nicht in großem Ausmaß geschafft. Dies ist der Tenor einer Studie des RWI Essen zur Entwicklung der Minijobs gut ein Jahr nach

deren Einführung. Das RWI Essen schlägt daher vor, für Arbeitslose die Einkommensgrenze für Minijobs für einen Zeitraum von 24 Monaten auf 800 € zu erhöhen. Diese „erweiterten Minijobs“ wären für Arbeitslose attraktiver und könnten gleichzeitig die Staatskasse entlasten.

Für die Analyse der Arbeitsmarktsituation von gegenwärtig in Minijobs beschäftigten Arbeitnehmer/innen wurde eine schriftliche Befragung von Personen durchgeführt, die bei der Minijob-Zentrale im März 2004 gemeldet waren. Insgesamt wurden aus diesem Datenbestand 10 000 Individuen (Brutto-Stichprobe) per Zufall ausgewählt. An sie wurde Anfang April 2004 ein zweiseitiger Fragebogen versandt, um die Informationen aus dem Datenbestand der Minijob-Zentrale zu ergänzen. 2 451 Befragte antworteten auf die Fragen.

Die Auswertung der demographischen und sozio-ökonomischen Charakteristika der Beschäftigten in Minijobs verdeutlicht, dass diese Gruppe sowohl hinsichtlich ihres Bildungshintergrunds als auch hinsichtlich des Bezugs staatlicher Transferleistungen, der familiären Situation und des Erwerbsstatus des Lebenspartners recht heterogen ist. Rund die Hälfte der Minijobber verfügt über einen Hauptschulabschluss oder weniger. Beinahe 75 % haben einen beruflichen Abschluss. Ungefähr ebenso viele gehen ihrem Minijob in einer ländlichen oder kleinstädtischen Gegend nach. Der Anteil an geringfügig Beschäftigten, die staatliche Transferleistungen beziehen, ist vor allem in den neuen Bundesländern und unter den männlichen Minijobbern sehr hoch. Demgegenüber zählen ausländische Beschäftigte in Minijobs seltener als deutsche zur Gruppe der Bezieher staatlicher Leistungen.

Die meisten haben nur einen Minijob

Trotz der Möglichkeit, mehrere geringfügige Beschäftigungsverhältnisse gleichzeitig auszuüben, besitzen rund 92 % der geringfügig Beschäftigten nur einen Minijob. Rund 40 % der im März 2004 geringfügig Beschäftigten übt den gegenwärtigen Minijob erst seit 2003 aus. Etwa die Hälfte aller Minijobber erzielt dabei einen Stundenlohn von 8 € oder mehr und fällt damit

nicht in den Niedriglohnbereich. Hierbei wird deutlich, dass vor allem geringfügig Beschäftigte in Privathaushalten und Minijobber in den alten Bundesländern über einen überdurchschnittlichen Stundenlohn (8 € oder mehr) verfügen. In den neuen Bundesländern liegt der Anteil der geringfügig Beschäftigten mit diesem Lohn weit unter dem Durchschnitt (rund 16 %).

Die Mehrheit der geringfügig Beschäftigten arbeitet im Schnitt bis zu 30 Stunden im Monat, etwa ein Drittel ist durchschnittlich 16 bis 30 Stunden im Monat in ihrem Minijob beschäftigt. Nur etwas mehr als 3 % arbeiten monatlich mehr als 60 Stunden und überschreiten somit die frühere Grenze von 15 Wochenstunden. Dabei handelt es sich vor allem um Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit und Minijobber in den neuen Bundesländern.

Darüber hinaus wird deutlich, dass etwas mehr als 16 % der im März 2004 in Minijobs Tätigen noch ein weiteres Beschäftigungsverhältnis ausüben. Von diesen ist etwa die Hälfte Vollzeit beschäftigt. Die Mehrheit der in Minijobs Beschäftigten hat unmittelbar vor der Aufnahme des derzeitigen Minijobs nicht am Arbeitsmarkt partizipiert (z.B. Schüler, Studenten, Auszubildende, Hausfrauen, Rentner). In der Gruppe der zuvor arbeitslosen oder arbeitssuchenden Minijobber findet sich mit 75 % ein überproportional hoher Anteil an Langzeitarbeitslosen, die ihr letztes Beschäftigungsverhältnis vor dem Jahr 2003 verloren haben. Nur knapp 8 % derjenigen, die im April 2004 einen Minijob hatten, waren allerdings unmittelbar vor der Reform Ende März 2003 arbeitslos gemeldet. Dagegen waren 15 % zuvor sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Minijobs führen nur selten zu sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung

Des weiteren wird ersichtlich, dass geringfügige Beschäftigungsverhältnisse sehr sta-

bil zu sein scheinen. Sie werden vor allem für einen attraktiveren Minijob aufgegeben, nur in 4 % der Fälle für eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Gleichzeitig sehen jedoch knapp 25 % der Minijobber ihre berufliche Perspektive innerhalb des nächsten Jahres in der Suche nach nicht-geringfügiger Beschäftigung. Die multivariate Analyse der beruflichen Perspektive der Befragten zeigt, dass es sich bei diesen Personen vorwiegend um Arbeitnehmer/innen in Minijobs handelt, die über eine höhere Qualifikation verfügen, sowie um Bezieher von Transferleistungen, Ausländer, nicht verheiratete Personen und geringfügig Beschäftigte in den neuen Bundesländern. Demgegenüber neigen Frauen und schwerbehinderte (oder gleichgestellte) Personen eher dazu, ihre berufliche Zukunft ausschließlich in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen zu sehen. Durch die Reform der Minijobs kam es offenbar weder bei der Bezahlung geringfügig Beschäftigter noch bei deren durchschnittlicher monatlicher Arbeitszeit zu starken Veränderungen.

Vorschlag: „Erweiterter Minijob für Arbeitslose“

Um zu erreichen, dass durch Minijobs mehr Arbeitslose in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden („Brückenfunktion“) plädiert das RWI Essen für einen „erweiterten Minijob für Arbeitslose“. In seinem Rahmen soll für Personen, die seit mindestens sechs Monaten bei der Bundesagentur für Arbeit als arbeitslos oder arbeitsuchend gemeldet sind, vorübergehend und zeitlich auf 24 Monate befristet die Einkommensgrenze für Minijobs auf 800 € monatlich erhöht werden. Ist dieser Zeit-

raum ausgeschöpft und wurde kein nicht-geringfügiges Beschäftigungsverhältnis gefunden, kann der Arbeitslose wie bisher auf 400 €-Basis geringfügig beschäftigt sein.

Durch diese erhöhte Subventionierung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse erhalten arbeitslose oder arbeitsuchende Personen einen stärkeren finanziellen Anreiz zur Aufnahme einer geringfügigen Beschäftigung, mit der sie versuchen können, auf dem ersten Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Durch die zeitlich begrenzte Gewährung der Subvention haben sie darüber hinaus einen Anreiz, verstärkt nach einer nicht-geringfügigen Beschäftigung zu suchen. Für Arbeitgeber/innen stellt diese Regelung eine Möglichkeit dar, durch eine geringfügige Beschäftigung arbeitsloser oder arbeitsuchender Personen in einem größeren zeitlichen Umfang als bisher auf Auftragsspitzen zu reagieren. Zudem können sie arbeitslose oder arbeitsuchende Arbeitnehmer/innen unter „realistischen“ Bedingungen auf ihre Eignung als nicht-



Vergleich des erweiterten Minijobs mit der derzeitigen Regelung in €

	Verdienst im Minijob						
	200	300	400	500	600	700	800
Derzeitiger Freibetrag für							
ALG I-Bezieher	165	165	165	165	165	165	165
ALG II-Bezieher	30	45	60	90	120	150	180
Freibetrag in erweitertem Minijob	200	250	300	350	400	450	500
Mehrverdienst für							
ALG I-Bezieher	35	85	135	185	235	285	335
ALG II-Bezieher	170	205	240	260	280	300	320

Eigene Berechnungen.

geringfügige Mitarbeiter/in überprüfen (Screening-Instrument). Die Tabelle auf S. 6 verdeutlicht den Unterschied zwischen beiden Anrechnungssystemen für die betroffenen Personen.

Für die praktische Umsetzung der Reform könnte ein „Erweiterter Minijob-Scheck“ eingeführt werden, den jede/r Arbeitslose, der die Anspruchsvoraussetzung erfüllt, einmalig bei der zuständigen Arbeitsagentur beantragen kann. Dieser Scheck kann dann bei einem Unternehmen eingelöst werden, wo er für den Zeitraum der Ausübung des erweiterten Minijobs verbleibt. Beim Wechsel des Arbeitgebers kann der „Erweiterte Minijob-Scheck“ mitgenommen werden. Auf diese Weise hält sich der Verwaltungsaufwand bei der Bundesagentur für Arbeit bzw. den einzelnen Agenturbezirken in engen Grenzen. Dort muss lediglich zentral vermerkt werden, dass einer bestimmten Person ein „Erweiterter Minijob-Scheck“ ausgestellt wurde.

Das RWI Essen schätzt, dass durch ein solches Programm bis zu 500 000 Arbeitslose zusätzlich Minijobs aufnehmen würden. Da diese durch die zeitliche Befristung erheblich stärker als bisher motiviert wären, nach sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung zu streben, könnten so mittelfristig bis zu 240 000 neue sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse entstehen. Durch die damit verbundenen zusätzlichen Einnahmen aus Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen sowie eingesparte Entgeltsatzleistungen könnte die Staatskasse um bis zu 170 Mill. € monatlich entlastet werden.

Um Erfahrungen mit der adäquaten Höhe des Anreizes und den konkreten Arbeitsmarktwirkungen zu sammeln, schlägt das RWI Essen vor, die Durchführung eines solchen Versuchs zunächst auf einen Zeitraum von fünf Jahren zu beschränken. In dieser Zeit sollte eine umfassende Evalua-



tion stattfinden, um die Wirkung der Politikmaßnahme zu ermitteln.

Großes Medieninteresse

Großen Zuspruch fand das Pressegespräch, in dessen Rahmen RWI-Präsident Prof. Dr. Christoph M. Schmidt, Dr. Ulrich Roppel, Direktor der Bundesknappschaft, und Dr. Michael Fertig, RWI-Projektleiter der Minijob-Studie, diese der Presse vorstellten. Neben Journalisten aus Print und Hörfunk sorgten mehrere Fernsehteams für einen gut gefüllten RWI-Sitzungssaal.



Großes Medieninteresse bei der Vorstellung der Minijob-Studie

Eingeworbene Forschungsaufträge

Konjunkturabhängige Erwerbszustandsdynamik in heterogenen Arbeitsmärkten.

Projekt im Rahmen des SFB 475 „Komplexitätsreduktion in multivariaten Datenstrukturen“. In Kooperation mit Prof. Walter Krämer (Universität Dortmund). Ansprechpartner: Dr. Jochen Kluge.

Study on the Effectiveness of ALMPs. Projekt für die Europäische Kommission, DG Employment and Social Affairs. In Kooperation mit Prof. D. Card, Ph.D. (University of California, Berkeley), Prof. Dr. M. Góra (Warsaw School of Economics), Prof. P. Jensen, Ph.D. (Aarhus School of Business), R. Leetmaa (PRAXIS Tallinn), Dr. E. Pa-

tacchini, Ph.D. (University of Rome), Prof. B. van der Klaauw, Ph.D. (Free University Amsterdam), Prof. Dr. A. Weber (Institute for Advanced Studies Vienna). Ansprechpartner: Dr. Jochen Kluge. Laufzeit: 1 Jahr.

Fallstudie Förderung der lokalen Ökonomie.

Projekt für die Stadt Essen, Städtenetz Soziale Stadt NRW. Ansprechpartner: Dr. Uwe Neumann. Laufzeit: 1 Jahr.

Erhebung des Energieverbrauchs der privaten Haushalte für das Jahr 2003.

Projekt für das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit. Ansprechpartner: Dr. Manuel Frondel. Laufzeit: 1 Jahr.

Vorträge und Konferenzen

Strukturwandel im Krankenhaussektor bringt zunächst Finanzierungsprobleme

„Das Krankenhaus von morgen – Bremse oder Gaspedal für die Volkswirtschaft?“ – diese Frage wurde im Rahmen des diesjährigen RWI-Wirtschaftsgesprächs von Wissenschaftlern, Praktikern und NRW-Gesundheitsministerin Birgit Fischer kontrovers diskutiert. Im Vordergrund stand dabei die schwierige Finanzierungssituation des Gesundheitssektors, die das RWI Essen bereits in mehreren Untersuchungen thematisiert hat.

„Das Krankenhaus von morgen – Bremse oder Gaspedal für die Volkswirtschaft?“ – unter diesem Motto stand das diesjährige RWI-Wirtschaftsgespräch, zu dem die Gesellschaft der Freunde und Förderer des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung ins Conference Center der Commerzbank Essen eingeladen hatte. Dietmar Kuhnt, Präsident der Gesellschaft der Freunde und Förderer, begrüßte die rund 200 Gäste und führte in das Thema ein. Er thematisierte dabei das Spannungsfeld, in dem sich die Krankenhauswirt-

schaft zur Zeit befindet: Einerseits ist sie Teil einer expandierenden Gesundheitswirtschaft mit Wachstumspotenzial, andererseits stellt sich immer häufiger die Frage nach der Finanzierbarkeit von Gesundheitsdienstleistungen. In diesem Zusammenhang forderte Kuhnt von Leistungserbringern und Leistungsträgern weitere Schritte zu mehr Systemtransparenz und Wettbewerb. Gleichzeitig begrüßte er, dass das RWI Essen das Thema Gesundheit zu einem seiner neuen Schwerpunkte gemacht und sich bereits ausführlich mit der Finanzsituation des Krankenhaussektors beschäftigt hat.

Dem schloss sich RWI-Präsident Prof. Dr. Christoph M. Schmidt in seiner Rede an. Das im Kompetenzbereich „Arbeitsmärkte, Bevölkerung und Soziale Sicherung“ angesiedelte Gesundheitsressort des Instituts könne trotz seines relativ kurzen Be-

stehens bereits wissenschaftlich gehaltvolle Untersuchungen – insbesondere im Krankenhausbereich – vorweisen.

Dr. Kösters plädierte für Leistungstransparenz und „integrierte Versorgung“

Es folgte ein Vortrag zum „Strukturwandel im Krankenhaussektor“ von Dr. Rudolf Kösters. Der Vizepräsident der Deutschen Krankenhausgesellschaft forderte, die Finanzierung der GKV künftig so zu regeln, dass den Präferenzen der Versicherten mehr Raum gegeben wird. Als Elemente einer größeren Nachfragefreiheit nannte er etwa Selbstbehalte und Rückgewähr von Beiträgen, Beschränkung auf einen obligatorischen Grundkatalog an Leistungen sowie Angebote zur Zusatzversicherung für verschiedenste Leistungen.

Kösters unterstützte die Umstellung der Krankenhausfinanzierung auf Fallpauschalen, die Leistungstransparenz schaffe. Gleichzeitig sprach er sich für die „integrierte Versorgung“ aus, weil sie sektorale Grenzen zwischen Krankenhäusern, niedergelassenen Ärzten, Reha und Pflegeeinrichtungen, Heil- und Hilfsmittelerbringern und Arzneimittelversorgern überwinde. Der Strukturwandel könne jedoch nur vorankommen, wenn das Investitionsproblem gelöst werde. Hier sei auch das Land NRW in der Pflicht, das seit Jahren seiner gesetzlichen Investitionsverpflichtung für die Krankenhäuser nicht ausreichend nachkomme.

Kontroverse Podiumsdiskussion

Die anschließende Podiumsdiskussion zeigte, wie weit die Einschätzungen und Empfehlungen im Bereich Gesundheitswirtschaft auseinander gehen. So vertrat die NRW-Gesundheitsministerin Birgit Fischer die Ansicht, das Land NRW habe in den vergangenen Jahren im Rahmen seiner Möglichkeiten Investitionen in den Krankenhausbereich getätigt. Prof. Dr. med. Georg V. Sabin, Ärztlicher Direktor des Elisabeth-Krankenhauses Essen, und Wilfried Jacobs, Vorstandsvorsitzender der



Gruppenbild mit NRW-Gesundheitsministerin Birgit Fischer

AOK Rheinland, verglichen das Krankenhaus von morgen mit einer Art Campus: die Klinik im Zentrum und rundherum Fachärzte und andere Gesundheitsdienstleister. Dr. Rudolf Kösters plädierte einmal mehr für mehr Wettbewerb im Krankenhaussektor. Prof. Dr. Jürgen Wasem, Inhaber des Lehrstuhls für Medizinmanagement der Universität Duisburg-Essen, rechnet damit, dass die demographische Entwicklung in den nächsten Jahrzehnten den Bedarf in der Medizin pro Kopf um bis zu 50 % erhöhen wird. Er sprach sich daher dafür aus, die Krankenkassenbeiträge von den Lohnnebenkosten zu entkoppeln.

Publikationen

RWI : Discussion Papers

Download der RWI : Discussion Papers unter www.rwi-essen.de/dp

(22) Harald Tauchmann and Hartmut Clausen, Do Organizational Forms matter? – An Econometric Analysis of Innovativeness in the German Wastewater Sector

Im Papier wird die Auswirkung von Organisationsformen auf die Innovationsfähigkeit von Unternehmen der deutschen Abwasserwirtschaft untersucht. Es zeigt sich, dass Innovationsfähigkeit weniger von der Organisationsform, als vielmehr von Größe und Arbeitsgebiet der Unternehmen abhängt.

(23) Michael Fertig, What Can We Learn From International Student Performance Studies? – Some Methodological Remarks

Die Bestimmungsfaktoren, die entscheidend für eine erfolgreiche Akkumulation von Humankapital sind, sowie der Transfer dieser Fähigkeiten in den Arbeitsmarkt sind in der Literatur zur Bildungsökonomie umstritten. Verschiedene Studien kommen typischerweise zu verschiedenen Ergebnissen, sogar wenn sie den gleichen Datensatz benutzen. Grund ist, dass jede Studie von einem Set von Identifikationsannahmen abhängt, die die Ergebnisse entscheidend beeinflussen. Im Discussion Paper wird die Diskussion über die Bestimmungsfaktoren von Erfolg in internationalen Studien wie PISA in ein theoretisches Modell von kognitiver Leistung und einen

empirischen Referenzrahmen eingeordnet.

(24) Torge Middendorf and Torsten Schmidt, Characterizing Movements of the U.S. Current Account Deficit

Es bestehen Zweifel, dass das außerordentlich hohe US-Leistungsbilanzdefizit noch für einen längeren Zeitraum bestehen bleibt. In diesem Papier wird daher untersucht, ob eine allmähliche Anpassung oder eine ausgeprägte Reduktion des Defizits wahrscheinlicher ist. Hierzu wird zunächst die Dynamik der Änderungen des Leistungsbilanzdefizits mit einem „three-regime Markov-Switching model“ beschrieben.

Damit ist es möglich, ein Regime eines stark ansteigenden Defizits, eines nur leicht ansteigenden Defizits und eines Defizitrückgangs zu unterscheiden. Zudem sind die Bewegungen des Defizits asymmetrisch: Während Ausweitungen über einen längeren Zeitraum stattfinden, sind Reduktionen eher kurzfristig. Das spricht dafür, dass das derzeitige Defizit nicht durch einen einmaligen, deutlichen Rückgang beseitigt werden wird. In einem weiteren Schritt werden Indikatoren für Regimewechsel untersucht. Es zeigt sich, dass eine Kombination von US-Inflation, US-Investitionen und Aktienkursen ausgeprägte Veränderungen des Leistungsbilanzdefizits relativ zuverlässig anzeigen.

RWI : Materialien

(15) Boris Augurzky, Dirk Engel, Sebastian Krolop, Christoph M. Schmidt and Stefan Terkatz, Insolvenzzrisiken von Krankenhäusern – Bewertung und Transparenz unter Basel II. Eine Analyse aktueller und zukünftiger Ratings von deutschen Krankenhäusern und Handlungsoptionen zu deren Verbesserung

Veränderte Rahmenbedingungen im Krankenhausesektor, wie zum Beispiel das neue Vergütungssystem nach Fallpauschalen, der hohe Investitionsbedarf und Veränderungen auf Seiten der Kreditinstitute

(Stichwort: Basel II), erhöhen den Stellenwert der Bonität bzw. der Kreditwürdigkeit deutscher Krankenhäuser für Krankenhausmanagement und Finanziern gleichermaßen. Dabei gewinnt nicht nur die aktuelle Bonität immer mehr an Bedeutung, sondern auch ihre Entwicklung im Laufe der Anpassung der Preise je Krankheitsfall auf ein bundeslandeseinheitliches Niveau bis 2008 (DRG-Konvergenzphase).

Vor diesem Hintergrund erstellt die Studie ein aktuelles und erwartetes Rating für das Jahr 2008 für 212 deutsche Krankenhäuser.

Die Ratings werden aggregiert für den gesamten Krankenhaussektor in anonymer Form präsentiert. Es werden aber auch ausgewählte Teilaggregate betrachtet, beispielsweise sind ein Rating nach Trägerschaft des Krankenhauses sowie ein Vergleich zwischen ost- und westdeutschen Krankenhäusern enthalten. Die Studie zeigt darüber hinaus Handlungsoptionen zur Verbesserung des Ratings auf.

Das vorliegende Heft der RWI : Materialien fasst die Ergebnisse der Studie in Form eines Executive Summary zusammen.

Intern

Die Stipendiaten der RGS Econ (Teil 1)

Im Oktober haben die acht ersten Stipendiaten ihre Ausbildung an der „Ruhr Graduate School in Economics“ (RGS Econ) begonnen (s. dazu auch RWI : News 4/2004). Wer sind sie und warum sind sie zur RGS Econ gekommen?

Im Oktober 2004 startete der erste Jahrgang der *Ruhr Graduate School in Economics*. Hier und in den nächsten RWI : News erfolgt eine Kurzdarstellung der Krupp-Stipendiaten, deren Ausbildung von der Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung maßgeblich gefördert wird:

Jan Brenner

Der Master of Science in Economics and Econometrics (University of Southampton, UK) und Diplom-Volkswirt der Universität Heidelberg wählte im Studium die Schwerpunkte Ökonometrie und angewandte Spieltheorie. Seine Diplomarbeit im Bereich Ökonometrie beschäftigte sich mit der Messung von Ausbildungsrenditen in Burkina Faso. In seiner Masterarbeit verglich er semipa-

rametrische mit parametrischen Schätzmethoden für Indexmodelle anhand von Daten der Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen in den USA. Er war während seines Studiums als wissenschaftliche Hilfskraft am Lehrstuhl für Ökonometrie von Prof. Ch.M. Schmidt an der Universität Heidelberg beschäftigt.

Interessensgebiete: angewandte Mikroökonomie

Annika Frohloff

Ihr Studium der Volkswirtschaftslehre mit den Schwerpunkten Mikro- und Makroökonomie sowie der Betriebswirtschaftslehre mit den Schwerpunkten Unternehmensführung, Marketing und Controlling absolvierte Annika Frohloff an der Universität Dortmund und der Ecole Supérieure de Commerce (ESC) d'Amiens, Frankreich. Sie verglich in ihrer Diplomarbeit im Bereich Mikroökonomie die Anreizwirkungen zweier spieltheoretischer Modelle aus der Theorie des Rent-Seeking und der Theorie der Leistungsturniere.



Neben ihrem Studium absolvierte sie Praktika in Deutschland, Frankreich und den USA und hielt als studentische Hilfskraft am Lehrstuhl für Mikroökonomie unter anderem Übungen für Studierende im Grundstudium.

Interessensgebiete: Mikroökonomie, Makroökonomie



Christoph Hanck

absolvierte das Studium der Volkswirtschaftslehre an den Universitäten Hagen, Calgary und Münster. Der Schwerpunkt seines Studiums lag in der theoretischen und angewandten Ökonometrie. So wurde in der Diplomarbeit das Wechselkursverhalten vor Währungsunionen basierend auf dem zeitstetigen stochastischen Prozess der „skalierten Brownschen Brücke“ modelliert.

christoph Hanck war Stipendiat der Studienstiftung des deutschen Volkes und wurde als Jahrgangsbester Absolvent der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der WWU Münster geehrt. Vor dem Eintritt in das Graduiertenkolleg sammelte er als studentische und später wissenschaftliche Hilfskraft am Lehrstuhl für Empirische Wirtschaftsforschung in Münster erste Erfahrungen in Forschung und Lehre.

Interessensgebiete: Mikroökonomie, vor allem Paneldatenökonomie



Frohes Fest

Das RWI-Team wünscht allen Lesern eine schöne Weihnachtszeit und ein gutes neues Jahr!

RWI : News

Nr. 5/2004 (Dezember 2004)

Herausgeber: Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Hohenzollernstraße 1/3, 45128 Essen,
Tel.: 0201/81 49-0, Fax: -200, mail: rwi@rwi-essen.de
Alle Rechte vorbehalten

Schriftleitung: Prof. Dr. Christoph M. Schmidt, Ph.D.

Redaktion: Sabine Weiler (Tel. -213), Joachim Schmidt

ISSN 1612-3581